

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

15.11.1921 (No. 267)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. Amend
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 40 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung gegenwärtiger Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Ausfuhr im badisch-schweizerischen Grenzverkehr gesperrt.

Am 7. November 1921 wurde der Steuerkommissar Sinsheim aufgefordert und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt Sinsheim ist dadurch im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet worden. Sein Geschäftsbezirk umfaßt die Amtsbezirke Sinsheim und Eppingen mit Ausnahme der Gemeinde Sulzfeld. Das Finanzamt Sinsheim übernimmt die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkommissars Sinsheim. Der Steuerkommissar Sinsheim bleibt vorerst noch in seinen bisherigen Diensträumen.

Errichtung des Finanzamts Sinsheim.

Am 7. November 1921 wurde der Steuerkommissar Sinsheim aufgefordert und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt Sinsheim ist dadurch im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet worden. Sein Geschäftsbezirk umfaßt die Amtsbezirke Sinsheim und Eppingen mit Ausnahme der Gemeinde Sulzfeld. Das Finanzamt Sinsheim übernimmt die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkommissars Sinsheim. Der Steuerkommissar Sinsheim bleibt vorerst noch in seinen bisherigen Diensträumen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage ist im allgemeinen weiterhin günstig geblieben. Die Zahl der Erwerbslosen ist wiederum etwas gesunken, mit einem Anziehen der Kurzarbeiterziffer infolge Betriebsbeschränkungen in der Tabakfabrikation muß allerdings gerechnet werden. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Hilfskräften liegt weiterhin hoch. Der Bedarf an gelehrten Erzbergleuten ist noch nicht befriedigt. In der Metall- und Maschinenindustrie bestand lebhafteste Nachfrage nach Heizermonteuren, auch Elektromonteur waren gesucht. Die Lage in der Porzellan- und Glasmetalindustrie hat sich weiterhin gebessert. Die Textilindustrie ist recht gut beschäftigt, zum Teil mußte sie überfordern gearbeitet werden. Der Bedarf an Arbeitskräften in der Papierindustrie, insbesondere im Buchbindergewerbe, blieb unerheblich. Im Sattlergewerbe wurden Sportkoffer verlangt, sonst ist die Nachfrage mäßig. Der flotte Beschäftigungsgrad im Holzgewerbe hält an, hingegen ist im Genußmittelgewerbe (Tabakfabrikation) eine Verschlechterung gegenüber der Vorwoche unverkennbar. Gut beschäftigt ist das Schneiderhandwerk, weit weniger gesucht sind Schuhmacher. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit ist der Bedarf an gelehrten Kräften im Baugewerbe noch recht erheblich. Bei den kaufmännischen Abteilungen der Arbeitsämter herrschte Nachfrage nach erstklassigen männlichen Fachkräften im Alter bis zu 30 Jahren, insbesondere nach Bankbeamten. Daneben besteht seit langem Bedarf an flotten Stenotypisten und Stenotypistinnen. War im Gastwirtsgebiete, insbesondere männliche Servicepersonal, wenig gesucht, so boten sich für Köchinnen und Küchenmädchen immer noch gute Beschäftigungsmöglichkeiten; ebenso nach wie vor für häusliche Dienstboten.

Vonder Verreichlichung zur Entstaatlichung der Eisenbahnen?

Von Dr. Hermann Reinfried-Karlsruhe. Die finanzielle Notlage des Deutschen Reiches schreit zum Himmel. Die Entwertung unseres Geldes und das rapide Sinken der Kaufkraft ins Grundlose läßt die schlimmsten Dinge für die Zukunft ahnen. Die Schuld an diesem wirtschaftlichen Chaos kommt einzig und allein von der Quelle aller Unheils in der heutigen Weltwirtschaft, vom Versailles Friedenwerke und neuerdings von der Deutschland aufs schwerste schädigenden Lösung der ober-schlesischen Frage. Die Vorschläge zur Rettung und Besserung werden so lange ins Meer greifen, bis sich unsere Ententegegner zur Abänderung des Vertragswerkes von Versailles herbeilassen. Wann diese Zeit kommen wird und unter welchen Umständen die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands modifiziert werden, kann niemand wissen. Aber daß die Weltlage in einer Reihe von Jahren ein anderes Bild zeigt als heute und daß Europa zum Weiterleben auf einem anderen Fundamente ruhen muß, als auf der Kriegsstimmung von Versailles, ist als bestimmt zu bezeichnen. Um dem Reiche aus seiner ungeheuren Not zu helfen, hat die deutsche Industrie den Vorschlag gemacht, die Reichseisenbahnen zu entstaatlichen. Die Eisenbahnen bilden den wichtigsten Vermögenswert des Staates. Wenn die deutsche Industrie von der Überführung der Staatsbahnen in den Privatbetrieb spricht, so hat dies seine besondere Bewandnis. Die Kreditwürdigkeit des Deutschen Reiches ist unter den Nullpunkt gesunken, und die maßgebenden Wirtschaftskreise unseres Landes wollen sich zu ihren finanziellen Leistungen ohne Sicherung und Deckung nicht entschließen. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist diese Stellungnahme wohl verständlich. Auf der anderen Seite

aber erweist der Vorschlag des Reichverbandes der deutschen Industrie bezüglich der Entstaatlichung der Bahnen den Eindruck, als ob jetzt die Gelegenheit günstig sei, sich vom Staate die letzten verbleibenden Pfänder zu lassen. Es gibt Leute, die solche Forderungen der deutschen Industrie mit nationalem Denken nicht in Einklang finden. Die Industriellen müßten, falls sie sich weigern, dem Staate großzügige Hilfe zu bringen, einach dazu gezwungen werden. Diese Auffassung entbehert der demokratischen Denkwiese. Nur auf dem Wege der Verhandlungen mit den Beteiligten kann man die schweren Probleme der Kreditaktion in Angriff nehmen und zur Lösung bringen. Mit dem Diktieren und Zwingen ist gegenwärtig wenig zu erreichen, und der demokratische Staat muß sich hüten, in die Fehler der Vergangenheit zu fallen, über die wir die Peitsche der Kritik schwingen. Gegenüber der Industrie wird diese politische Taktik wirtschaftliche Erfolge bringen; denn bleibt sie passiv, dann ist es mit dem wirtschaftlichen Aufbau in Deutschland geschehen, ob man an die patriotischen Gefühle appelliert oder nicht.

Objektiv interessiert uns am meisten die in der Debatte geworfene Frage der Überführung der Reichseisenbahnen in den Privatbetrieb. Daß sie von der Industrie diskutiert wird, nimmt nicht wunder. Die Politik muß darüber berathschlagen und die Angelegenheit sachlich erledigen. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie macht beim Staatsbetriebe die mangelnde Rentabilität geltend, der auch die Bahnen zum Opfer gefallen sind. Ferner wird gegen jede Art von öffentlichen Betrieben der Vorwurf erhoben, daß sie nie m u f e r g ü l t i g eingerichtet und geleitet seien. Untersuchungen wir etwas näher die zwei Hauptmängel gegen die staatlichen Betriebe.

Das Ziel jedes Privatbetriebes gipfelt in dem größtmöglichen Gewinn. Die Nebenbedenken der Aktionäre und der Geschäftsbeteiligten gelten als die erdreichwertesten Ideale der Privatwirtschaft. Die Frage der Rentabilität ist eine Frage der Vereinerung der Besitzer, Inhaber und Aktionäre. Die Deutung des Bedarfs für die Gesamtheit wird nie zum Höchstwert gemacht; die Beschaffung von Waren für die Verbraucher hat nur insofern Bedeutung für die Produzenten, als sie sich auf dem schnellsten Wege bereichern wollen. Natürlich bleibt die „Rentabilität“ einer solchen Wirtschaftsweise gesichert für den Industriellen und Kapitalisten. Für den Verbraucher kritisiert der Begriff der „Rentabilität“ jenseit nicht, da die Waren und Bedarfsartikel, wie dies gegenwärtig der Fall ist, unerschwinglich sind für die Hauptmasse der Bevölkerung. Die Gesamtheit muß die gute „Rentabilität“ der Privatbetriebe oft bitter büßen, indes die Besitzer der Produktionsmittel in der Lebensnotwendigkeit erfinden. Mit den Riesengewinnen der privaten Unternehmungen läßt sich der Betrieb „modern“ und „mustermäßig“ ausstellen.

Im Gegensatz zur Führung und Zielsetzung des Privatbetriebs steht der Staatsbetrieb. Das oberste Ziel des letzteren ist nicht bestimmt durch die kapitalistische Ausbeutung und durch schrankenlosen Gewinntrieb. Der Staatsbetrieb dient dem Wohl der Gesamtheit und geht von sozialen Gesichtspunkten aus. Die persönliche Bereicherung kommt als wirtschaftliche Triebfeder beim Staate nicht in Betracht. Es billiger der Staatsbetrieb lebend, um so mehr nützt er den Interessen der Gesamtheit. Wie verhältlich sehen die Vertreter des schrankenlosen Wirtschaftsaltruismus auf die geringe Rentabilität der staatlichen Verkehrsanstalten, der Post und der Eisenbahn, herab! Als ob es einer Großtat bedürfte, um auch die Staatsbetriebe rentabel zu machen. Wollten Post und Eisenbahn ihre Fehlbeträge mit einem Schläge aus der Welt schaffen, so wie dies bei privaten Betrieben geschieht, dann könnte ein Kind das Mittel dazu angeben. Statt der fünfzig oder hundert Prozent Tarifsteigerungen dürfte man nur um zweihundert oder dreihundert Prozent in die Höhe gehen, und unsere staatliche Verkehrsbetriebe würden schuldenfrei da. Das ist das Geheimnis zur wirtschaftlichen Rentabilität. Die Niedrighaltung der Post- und Bahnzölle ist allen Deutschen unangenehm. In Handels- und Industriekreisen machte man sich zwar lächerlich über diese Defizitwirtschaft, allein wenn neue Aufschläge angefündigt wurden, hörte man überall von Protesten seitens der Wirtschaft gegen die Erhöhung der Tarife gegen die Erhöhung der Gebühren für die Teilnehmer des Fernsprechnetzes. Aus dem Befahren heraus, den Geschäftsverkehr und das Wirtschaftsleben in Deutschland nicht allzusehr zu belasten, sah der Staat von einer Rentabilität seiner Verkehrsanstalten im Sinne der Privatwirtschaft ab; dabei hat die Regierung es gleichzeitig vermieden, ihrerseits noch preiszuleigend und Lebensverteuernd zu wirken, was der Fall gewesen wäre, wenn Handel, Industrie und Landwirtschaft noch höhere Vorkosten und Transportkosten hätten zahlen müssen. Wenn heute die Staatsbahnen in den Privatbetrieb genommen würden, hätte nicht das deutsche Volk als solches den Nutzen davon, sondern eine Hand voll Geldmagnaten und kaufkräftige Teilhaber. Das soziale Moment würde aus der privaten Führung der Verkehrsbetriebe ausgeschaltet werden und an seine Stelle trat der Standpunkt des höchsten Gewinnes und der höchsten finanziellen Ertragssteigerung. Die Interessen des Gesamtwohls würden erst an zweiter oder dritter Stelle berücksichtigt. Von der Geschäftsführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie wird als ein großer Mangel im staatlichen Eisenbahnbetrieb bezeichnet, daß eine Masse überflüssiger Arbeitskräfte und Beamte beschäftigt sind, während im Vergleich und in anderen Industriezweigen Arbeitsmangel herrscht. Glaubt die deutsche Industrie, daß die überflüssigen Arbeiter bei der Bahn die Lücken im Bergbau ausfüllen könnten? Die aus dem Bahnbetrieb entfernten Angestellten und Arbeiter müßten irgendwo sonst unterge-

bracht werden, und wenn dies nicht gelänge, würden sie der staatlichen Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Die Vorschläge der Industrie zur Frage der Entstaatlichung der Reichsbahnen atmen ganz und gar den Geist des Privatkapitalismus, den wir bekämpfen sollten. Wir reden von der Sozialisierung des Bergbaues und diskutieren gleichzeitig die Überführung der Bahnen in den Privatbetrieb! Haben wir die deutsche Eisenbahn verzei ch l i c h t, um sie jetzt zu entstaatlichen und der Privatwirtschaft zu überlassen! Gewiß, die Defizitwirtschaft muß aufhören durch entsprechende Erhöhung der Tarife. Aus- und Einnahmen müssen bei den Verkehrsbetrieben zum mindesten balanzieren. Das wird am besten damit erreicht, daß den Lohnsteigerungen und den Mehrauslagen für Material sofort die Tarifserhöhungen (Porto- und Transportkosten) auf dem Fuße folgen und nicht erst später nachhinken.

Die Psychopathenfürsorge in der bad. Fürsorgeerziehung.

Von Dr. Erwin Ilmhauser, Oberregierungsrat im Justizministerium.

Bei der großen Mühe und den erheblichen Mitteln, die von den Ländern und von caritativen Organisationen für die Fürsorgeerziehung aufgewendet worden sind und noch werden, ist es nicht verwunderlich, daß man oft der Frage begegnet: Wie steht es denn mit den Erfolgen eurer Arbeit? Und die Antwort mußte leider bislang zugeben, daß in allen Ländern in einem nicht unerheblichen Prozentsatz der Fälle Mühen und Kosten vergeblich waren. Es bestand die Gefahr, daß Erzieher und Freunde der Fürsorgeerziehung sich müßlos zu werden begannen. Da kam die medizinische Wissenschaft als Helfer und Wegweiser. Eingehende Untersuchungen einer großen Zahl von Fürsorgeerzöglingen durch hervorragende Psychiater bewiesen, daß die größte Zahl der aus der Fürsorgeerziehung ungebessert entlassenen geistig nicht normal und infolgedessen auch mit den pädagogischen Mitteln der Erziehungsanstalten überhaupt nicht besserbar waren. Aber die medizinische Wissenschaft begnügte sich nicht damit, dies festzustellen, sie zeigte auch die Mittel und Wege, wie zur Vermeidung weiterer derartiger Mißerfolge künftig vorzugehen sei.

Wir Badener können besonders stolz darauf sein, daß unter diesen verdienstvollen Männern in allererster Reihe badische Ärzte, badische Hochschullehrer stehen. Namen wie die der Professoren Dr. Wilmanns und Dr. Grubbe in Heidelberg und des Medizinalrats Dr. Thoma in Jena werden für immer mit der Geschichte der Fürsorgeerziehung verbunden bleiben. Professor Dr. Grubbe hat im Jahre 1907 fast zwei Monate darauf verwandt, an der Erziehungsanstalt Flehingen sämtliche Föglinge auf ihren Geisteszustand und ihre Erziehbarkeit zu untersuchen, und Medizinalrat Dr. Thoma hat im Jahre 1910 diese Untersuchungen auf alle 600 damals in badischen Anstalten untergebrachten Fürsorgeerzöglinge ausgedehnt. Das Ergebnis ihrer Untersuchungen haben sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dr. Grubbe in Bd. I, Heft 5 der Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie (S. 698 ff.), Dr. Thoma im 2. Supplementheft des Bandes XLIII der dritten Folge der Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin und öffentliches Sanitätswesen. Sie stellten fest — und diese Feststellungen deckten sich mit dem Ergebnis ähnlicher Untersuchungen anderer Ärzte an psychiatrischen und sonstigen Fürsorgeerziehungsanstalten —, daß ein sehr erheblicher Teil der Fürsorgeerzöglinge als geistig abnorm anzupprechen sei, bei denen mit den gewöhnlichen Erziehungsmitteln auch des besten Pädagogen nichts ausgerichtet werden könne, und daß von diesen Abnormen wieder ein gewisser Prozentsatz als geisteskrank aus der Erziehung grundsätzlich auszuschneiden und in Heilanstalten zu überführen sei. Dr. Grubbe erkannte von den damaligen 105 Föglingen der Flehinger Anstalt 62,4 Prozent als abnorm und davon die starke Hälfte (28,8 Prozent) als „krankhaft“, d. h. mit Zeichen einer bestimmten Abnormalität, mit Anfällen irgendwelcher Art, mit deutlichem angeborenem oder erworbenem Schwachsinn oder aber mit einer geistigen Störung behaftet, und die geringere Hälfte (33,6 Prozent) als „auffällig“, d. h. durch eigenartige Charakterbildung, durch selbstsame Eigenschaften oder dergleichen auffallend, ohne daß eine der vorerwähnten Krankheitserscheinungen zu erkennen wäre. Dr. Thoma stellte auf der wesentlich breiteren Grundlage seiner Untersuchungen fest, daß von den 620 Untersuchten 322 = 78 Prozent, nämlich 183 Knaben und 139 Mädchen, geistig abnorm waren. Von diesen erklärte er 252, nämlich 145 Knaben und 107 Mädchen, als für die gemeinsame Erziehung noch geeignet, den Rest von 70, nämlich 38 Knaben und 32 Mädchen, aber wegen ihrer geistigen Mängel als für die gemeinsame Erziehung ungeeignet. 10 Knaben = 1,6 Prozent, nämlich 6 Knaben und 4 Mädchen, erachtete er für die Unterbringung in Irren-, Epileptiker- oder Idiotenanstalten reif, den Rest von 60 Kindern = 9,6 Prozent, nämlich 32 Knaben und 28 Mädchen, wollte er in Sonderanstalten für abnorme Fürsorgeerzöglinge untergebracht wissen. Zu der Zeit, als diese Untersuchungen angestellt wurden, waren in Baden 1870 Fürsorgeerzöglinge vorhanden. Vor kurzem hatte sich diese Zahl auf 2600 erhöht. Unterstellt man, daß auch jetzt noch ein gleicher Prozentsatz der Fürsorgeerzöglinge wie bei der Untersuchung vom Jahre 1910 unter die einzelnen Gruppen fällt, so muß man damit rechnen, daß nunmehr 123 Kinder, und zwar 66 Knaben und 57 Mädchen, vorhanden sind, die in einer besonderen, auf die Verhältnisse der geistig Abnormen zugeschnittenen Anstalt untergebracht werden müssen, wenn bei ihnen die Fürsorgeerziehung Aussicht auf Erfolg haben soll. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Zahl der geistig Abnormen sich

Mit einer Beilage: 2. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

unter der Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit erheblich vergrößert hat. Unter den Abnormen spielen sowohl an Zahl als an Bedeutung für die Allgemeinheit die Blaupathen die größte Rolle, so daß wir im folgenden nur von ihnen reden wollen.

Wie groß das Interesse der Allgemeinheit an der Fürsorge für die Blaupathen und an der Beseitigung ihrer geistigen Abnormalität ist, hat sich bei den Anrufen der Nachkriegszeit ganz besonders deutlich gezeigt. Die Hauptanfänger und gewalttätigsten Verbreiter der Landfriedensbrüche, Streiftunruhen und sonstigen Gewalttaten haben sich nämlich in den verschiedenen Beobachtungsstellen des Reichs als Opferlicher, Trinker, halblöcherliche Blaupathen herausgestellt, die bei rechtzeitiger entsprechender Fürsorge wohl hätten zu sozialen Elementen gemacht und von der Beschreitung ihrer Verbreiterlaufbahn abgehalten werden können. Angesichts dieser Feststellung und der besonders ungünstigen Entwicklung, die unsere Jugend während des Krieges und in der Nachkriegszeit durchgemacht hat, erscheint die Fürsorge für die Blaupathen als eine der wichtigsten derzeitigen Staatsaufgaben. Wenn man aber Erfolg haben will, so muß man die Blaupathen in ihrer Jugend erfassen, denn mit zunehmendem Alter wird die Möglichkeit ihrer Heilung und ihrer Anpassung an die soziale und politische Ordnung immer schwerer und weniger aussichtsreich. Die badische Regierung läßt es sich angelegen sein, auf diesem Gebiet das nach Maßgabe der gegebenen Möglichkeiten und der vorhandenen Mittel Erreichbare zu leisten.

Zunächst muß dafür Sorge getragen werden, daß die Blaupathen in einem möglichst frühen Zeitpunkt, in dem sie asoziale Neigungen zeigen, als solche festgestellt werden. Zu diesem Zweck ist vorgeschrieben, daß im Verlauf jedes Fürsorgeerziehungsverfahrens ein Arzt und zwar, wenn Anzeichen für eine krankhafte geistige Veranlagung oder Entwicklung vorliegen, ein psychiatrischer Sachverständiger, zugezogen werde. Außerdem ist jeder Fürsorgeerziehling alljährlich mindestens einmal durch einen Arzt auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Stellt sich bei diesen Untersuchungen eine geistige Abnormalität heraus, so wird der Jugendliche erforderlichenfalls einer Beobachtungsstation überwiesen. Da es bisher keine besonderen, mit den Fürsorgeerziehungsanstalten verbundenen Beobachtungsstationen gegeben hat, erfolgte bisher die Beobachtung in einer öffentlichen Anstalt des Landes. Gegenwärtig wird aber für männliche schulpflichtige Fürsorgeerziehlinge eine besondere Beobachtungsabteilung der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen angegliedert, als deren Direktor ein auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung besonders erfahrener hervorragender Psychiater tätig sein wird. Damit wird die Möglichkeit gegeben, in unmittelbarem Anschluß an eine Erziehungsanstalt und unter den besten Gesichtspunkten der Fürsorgeerziehung die Beobachtung durchzuführen und das Gutachten darüber abzugeben, ob und für welche Art der Fürsorgeerziehung der Jugendliche in Betracht kommt. In dieser Beobachtungsabteilung wird ferner Gelegenheit geboten sein, vorübergehend Fühlende unterzubringen und während dieser Zeit ausschließlich nach medizinischen Gesichtspunkten zu behandeln, deren psychische Erkrankung ihrer Natur nach vorübergehend und nur kurze Zeit der Behandlung erforderlich ist.

Fühlende, die sich bei der Beobachtung als Blaupathen erweisen, werden wieder getrennt unter dem Gesichtspunkt der besonderen Art und des Grades ihrer Abnormalität. Die mehr passiven, weichen, sensiblen, beeinflussbaren Elemente werden ohne nennenswerten Schaden für sie oder die übrigen Fühlende einer gewöhnlichen Fürsorgeerziehungsanstalt überwiesen werden können, wo sie unter ärztlicher Überwachung in besonderen Familiengruppen zu erziehen sind. Dagegen müssen die aktiven, brutalen, sogenannten erektischen Naturen, die man bisher als die Unerschütterlichen, die Unverbesserlichen, bezeichnet hat, die aber besser „schwer erziehbar“ genannt werden, und die dem „geborenen Verbrecher“ sehr nahe stehen, von den andern getrennt und in besonderen Anstalten untergebracht werden. Würde man die beiden erwähnten Gruppen von Blaupathen zusammenschließen, so wäre die große Gefahr gegeben, daß die passiven Naturen von den aktiven angesteckt würden. Anstedungsgefahr wäre auch begründet, wenn man diese schwer erziehbaren Blaupathen in einer allgemeinen Erziehungsanstalt mit gesunden Fühlenden zusammenbrächte. Darauf, daß dies bisher geschehen ist, muß es zurückgeführt werden, wenn von vielen Seiten gegen die Fürsorgeerziehungsanstalten der Vorwurf erhoben wird, daß oft Fühlende dort noch mehr verdorben worden seien, als sie ohnehin schon waren.

Für die dauernde Unterbringung der wichtigen Gruppe der schwer erziehbaren, nämlich der männlichen, schulpflichtigen Blaupathen, ist die vor kurzem vom Staat übernommene Fürsorgeerziehungsanstalt Sinsheim bestimmt, die gegenwärtig mit sehr erheblichen, vom Landtag in erfreulicher Erkenntnis der Wichtigkeit der Aufgabe bewilligten Mitteln ihrem neuen Zweck baulich angepaßt wird. Diese Anstalt wird gleichfalls unter der Oberleitung des für Flehingen ge-

wonnenen Psychiaters stehen und von einem Pädagogen nach den Ratschlägen des ihm zur Seite stehenden ortsansässigen ärztlichen Beraters geleitet werden.

Die Beobachtung der übrigen Jugendlichen, deren Geisteszustand zweifelhaft ist, nämlich der Mädchen und der schulpflichtigen Knaben, muß, bis die Erstellung besonderer, der neuen Flehinger Einrichtung entsprechender Beobachtungsabteilungen möglich ist, nach wie vor in einer der öffentlichen Erziehungsanstalten des Landes erfolgen. Wegen der dauernden Unterbringung der in Sondererziehung zu nehmenden weiblichen und schulpflichtigen männlichen Fühlende steht die Regierung mit caritativen Verbänden in ausgiebiger Unterhandlung. Aller Voraussicht nach wird es gelingen, die vom Badischen Frauenverein geleitete Erziehungsanstalt Scheibenhards in eine Blaupathenanstalt für schulpflichtige Mädchen umzuwandeln, und es besteht die Hoffnung, daß auch für die schulpflichtigen Knaben und Mädchen demnächst entsprechende Anstalten oder Abteilungen von Anstalten gefunden sein werden.

Die besten Organisationen auf diesem Gebiet werden aber keinen Nutzen bringen, wenn in ihnen nicht die richtigen, fähigen und entsprechend vorgebildeten Personen tätig sind, die sich mit aufopfernder Hingabe ihrem schweren Beruf widmen. Besonders wichtig wird es deshalb sein, für die Sonderanstalten und Beobachtungsabteilungen geeignetes Erziehungspersonal zu gewinnen und heranzubilden. Zu diesem Zweck werden Unterrichtsstellen an der Erziehungsanstalt Flehingen bzw. einer der psychiatrischen Kliniken des Landes abgehalten, und nur diejenigen Personen werden in der Blaupathenerziehung dauernde Verwendung finden, die allen billigerweise an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen.

Das Justizministerium wird auch an die größeren Jugendämter des Landes mit der Anregung heranreten, besondere örtliche Beratungsstellen einzurichten, in denen Eltern, Vormünder und Fürsorgeerzieher auf psychiatrischer Erkenntnis beruhende Gutachten und Anregungen für die Erziehung und Behandlung der in Familienpflege belassenen Kinder finden werden, deren geistige Verfassung Zweifel erweckt. Diese Beratungsstellen werden auch in der Lage sein, auf Grund der in ihren Sprechstunden gewonnenen Kenntnis die Überführung der für Familienpflege nicht mehr geeigneten psychopathischen Kinder in entsprechende Anstaltspflege beim Vormundschaftsgericht zu beantragen. Für die Einrichtung und Leitung dieser Beratungsstellen wird seitens des Justizministeriums erforderlichenfalls der Direktor der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen, der auch als Hilfsreferent für Blaupathenerziehung im Justizministerium tätig sein wird, den Jugendämtern auf Antrag zur Verfügung gestellt werden.

Es ist zu hoffen, daß damit in Baden ein erfolgversprechender Anfang der besonderen Blaupathenerziehung gemacht ist, deren weiterer Ausbau auf Grund der hierbei gesammelten Erfahrungen nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten sorgfältig und eifrig betrieben werden wird.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz in Washington.

Der von Staatssekretär Hughes auf der Washingtoner Konferenz unterbreitete Plan der Vereinigten Staaten zur Verhinderung der Flottenrüstung findet in der Londoner Sonntagspresse große Beachtung. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ auf der Washingtoner Konferenz meldet seinem Blatt, Amerika habe auf der Konferenz in der ersten Stunde ihres Bestehens eine Bombe platzen lassen, als es sein sensationelles Programm der Rüstungsbeschränkungen zur See verkündete. Welchen Eindruck das amerikanische Programm auf die in Washington befindlichen britischen und japanischen Flottenadmirale machen werde, könne man noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Auch der amerikanische Vorschlag einer sofort beginnenden Rüstungspause von 10 Jahren sei selbst für die Amerikaner überraschend gekommen. Es herrsche jedenfalls allgemein der Eindruck, daß die Vereinigten Staaten ihre Karten offen auf den Tisch gelegt hätten. — Laut „Weekly Dispatch“ ist man in Washington der Ansicht, daß Großbritannien den amerikanischen Vorschlag sehr günstig aufnehmen werde, und daß es Japan schließlich nicht möglich sein werde, ihn zu verwerfen. Das Blatt veröffentlicht Äußerungen von ehemaligen Marinefachverständigen zu dem Vorschlag der Vereinigten Staaten. Admiral Dart Kern meint danach, die Grundzüge des amerikanischen Planes seien im allgemeinen gut. Großbritannien würde jedoch mit seinen zahlreichen Kolonialstaaten und Kolonien mehr Flotten brauchen, als die übrigen Mächte. Lord Sdenham erklärt, vom englischen Standpunkt aus gesehen, enthalte der amerikanische Vorschlag zahlreiche Einzelheiten, die besondere Erwägungen erforderten. — „Oberver“ schreibt, man habe die Tragweite der Washingtoner Konferenz zum Teil übertrieben. Die Leute, die alles von ihr erwarteten, wür-

den zweifellos enttäuscht sein. Die Washingtoner Konferenz sei jedoch der erste wirkliche Schritt, der seit Beendigung des Krieges für die Dauerhaftigkeit des internationalen Friedens getan worden sei.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ meldet seinem Blatt aus Washington, die Ablehnung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages durch eine der beiden Nationen an die er gerichtet sei, würde ebenso sicher Krieg bedeuten, wie die Annahme des Vorschlages die Einleitung einer neuen Ära der Hoffnung sein würde. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß die Frage, ob der amerikanische Plan angenommen werde, nicht in Washington, sondern in London oder Tokio werde beantwortet werden. Es sei zu bezweifeln, ob es eine gute Politik gewesen sei, gleich in der ersten Sitzung der Konferenz einen eingehenden Plan zu unterbreiten; nicht ein amerikanischer Plan zur Verminderung der einzelnen Flotten wäre nötig gewesen, sondern ein Konferenzplan. Der Berichterstatter befürchtet, daß eine schwieriger Lage geschaffen worden sei, als es den Anschein habe. Wenn dies der Fall sei, so sei der einzige Weg den Schwierigkeiten offen gegenüberzutreten und sie zu überwinden.

Wie aus Washington berichtet wird, nannte Balfour die Erklärung des Staatssekretärs Hughes eine löbliche staatsmännische Äußerung, die unendliche Möglichkeiten enthalte. Er sagte, er stehe unter dem Eindruck der Klarheit der Worte Hughes und hoffe sehr auf befriedigende Ergebnisse. Balfour soll noch hinzugefügt haben, daß er sich um zehn Jahre verjüngt fühle. Lord Ribblesdale soll von der Washingtoner Konferenz an Lloyd George telegraphiert haben, daß jedermann sehr zuverlässlich auf fruchtbare Ergebnisse hoffe.

In einer Rede in Newcastle erklärte der Arbeiterführer Ramsay MacDonald, die Washingtoner Konferenz sei nur eine Wiederholung der Saager Konferenz und wenn man sich nicht aufraffe, so werde man einen neuen schrecklichen Krieg haben, der noch zerstörerischer und ebenso sinnlos sein würde, wie der letzte.

Nevington berichtet im „Daily Telegraph“, der allgemeine Eindruck auf der Konferenz sei, daß der Plan angenommen werde.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, er sei in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß Japan den Vorschlag Hughes annehmen werde; auch die britische Delegation stimme dem Plan Hughes zu. Man schätze, daß die Durchführung des amerikanischen Programms für den britischen Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von etwa 50 Millionen Pfund Sterling bedeuten würde. Die Amerikaner hofften, daß die Frage des fernöstlichen Ostens ebenso leicht geregelt werden könne wie die Frage der Abrüstungsbeschränkung; die japanischen Kreise in Washington seien jedoch weniger optimistisch in dieser Hinsicht. Die Japaner sehen die politische Lage des fernöstlichen Ostens als das Herz des gesamten Problems an.

Berlin schreibt im „Echo de Paris“ über den Plan von Hughes: Man befindet sich einem sorgfältig vorbereiteten Akt gegenüber. Der amerikanische Staatsmann hat an die innere Politik gedacht. Er hat allen denen, die für die Budgetsparsamkeit kämpfen und die mit den Senatoren Borah und Johnson immer wiederholen, die Einschränkung der Bewaffnung müsse rasch und radikal erfolgen, selbst wenn dies die Aufgabe von China bedeute, seine Unterstützung geben wollen. Sein System kann man in einem Wort zusammenfassen: Enklisch-amerikanische Entente.

Berlin schreibt weiter, die Annahme des Hughes'schen Programms könne England von jeder ernstlichen Entente mit Frankreich entfremden. In zweiter Linie sei der Tag der Eröffnung der Konferenz als ein schlechtes Präzidium deshalb zu betrachten, weil gewisse Angelegenheiten vorhalten, in Washington die Frage der Reparationen und der Befestigung des Rheinlandes mit Hilfe einer imperativen Erklärung zu regeln. Noch ein drittes unangenehmes Symptom ergibt: Vertenar in dem Besonderen der französischen Sprache. Außer Briand hätten sämtliche Redner, selbst der italienische und belgische, englisch gesprochen.

Die amerikanische Finanzwelt und die Washingtoner Konferenz.

Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ haben, einem Berliner Telegramm der „N. Pr.“ zufolge 400 amerikanische Finanzleute an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angesichts des rapiden Sturzes der deutschen Mark das Gerücht gestellt wird, auf der Washingtoner Konferenz auch die Finanzlage und die Konsoolidierung der Markwährung zur sofortigen Beratung zu stellen. Dieses Forderung sei aus der Erkenntnis geboren, daß bei der heutigen durch den Abbruch des Weltkrieges hervorgerufenen Lage der weltpolitischen Umstände Politik und Wirtschaft nicht mehr voneinander zu trennen seien, worauf die Washingtoner Abrüstungskonferenz, um der Weltökonomie ein neues Gesicht zu verleihen, gebührend Rücksicht zu nehmen habe. Die

1. Volkstüml. Sinfonie-Konzert.

Ausgereifte, köstliche musikalische Gaben brachte das 1. Volkstüml. Sinfonie-Konzert am Montag abend in der Festhalle. Kompositionen unserer größten Tonkünstler, aus dem Reichtum ihrer musikalischen Eingebungen geschaffen, abgeklärt in Form und Inhalt, in der künstlerischen Struktur klar und durchsichtig, ausklingend in blühender Schönheit, durchwärmt von der Tiefe und Innigkeit des Empfindens, in einem Stil abgefaßt, der die erhabenen Symptome wahrer und echter Kultur aufweist.

Maureau's Ballett-Suite, in Motzils Bearbeitung, ist von einer entzückenden Grazie erfüllt, atmet die Annuit schöner, ruhiger Bewegungen und ist mit erlebnisreichem Geschmacksinstrumentiert, so daß sich das Ohr freudig dem Genuß des süß-rauschenden Klänge hingibt. Ein aus unserem Lande stammendes Sinfonie-Konzert, das in der Künsterischen Kammermusik-Körpers brachte unter der sorgsam abwägenden Leitung Herrn Scheweppes, der mutig für den erkrankten Herrn Lorenz einsprang, war übrigens auch anerkennender Weise in der sonntäglichen „Holländer“-Aufführung, eine beachtenswerte Leistung im Hinblick auf die schwierige Partitur, die Komposition mit allen dynamischen und rhythmischen Feinheiten, prädelnd, beschwingt zu Gehör.

In Gändels Konzert für Oboe in G-moll hatte Herr Paul Kämpfe Gelegenheit, seine reife Kunst zu erweitern. Er verfügt über ein virtuoseres Können, das alle Schwierigkeiten spielend überwindet. Aber noch mehr Bewunderung verdient die Schönheit des Tones, den er seinem Instrument zu entlocken versteht: Schmelzende Zartheit, Fülle des Klanges und ein vorbildliches Legato zeichnen seinen Vortrag aus.

Mit Sahn's G-dur-Sinfonie Nr. 13 fand der erste Teil des Programms einen genutzreichen Abschluß. An den Handrücken Sinfonien darf man neben dem Reichum der Gedanken, der Reife seiner Empfindens, der unergänglichen Jugendfrische und Heiterkeit seiner edel vollstimmigen Musik vor allem auch immer wieder die Sichel und Aegide der Klarheit seiner Diktion bewundern. Alles ist mit einer Bestimmtheit und Anschaulichkeit hingeseht, die den Reifer des Sinfonielandes im Kleinsten wie im Großen erkennen lassen. Unser Orchester brachte das schöne, geistprübende Werk meisterhaft zum Vortrag, das Largo in pastorischer Breite, die

bewegten Sätze in temperamentvoller, leidenschaftlicher Prägung.

Partinis Konzert für Violine in G-dur war für Karlsrube Novität. Der bekannte Schweizer Violinist Clemens Wauer hat es meines Wissens vor kurzem in der dortigen Bibliothek, die noch manche musikalische Schätze bergen soll, aufgefunden. Herr Otto Marboigt, der 1. Konzertmeister des Landesheaterorchesters, vermittelte die zündende Komposition mit blühend schönem Ton in brillantem, raffinem Vortrag, vom Orchester dezent begleitet.

Frau von Ernst sang eine Mozartarie „Ach, was verbeacht, ihr Sterne“ in bravourösem Stil mit vollendeter Reinheit der Intonation, die Kolorturen in virtuoser Sicherheit und Akkuratheit aneinanderreihen.

Den Abschluß bildete Veethobens Overtüre zu „Die Nig Stephan“, eine potpourriartige Verbindung von Motiven, die Veethobens zu Kokebus gleichnamiger Dichtung geschrieben hatte. Die Wiedergabe dieses Tonstückes, dessen Wert über den einer Gelegenheitskomposition nicht hinausgeht, litt offenbar unter einem zu hastigen Zeitmaß.

Das Konzert war erfreulich gut besucht. Die Zuhörerschaft spendete lebhaften Beifall.

Städt. Konzerthaus.

„Der Wassertäger“.

Das Münzische Konservatorium, das sich besonders in den letzten Kriegsjahren in Verbindung mit dem Orchesterensemble wiederholt durch die Aufführung von Oratorien und anderen Werken älterer Meister ein dankenswertes Verdienst um das Musikleben Karlsrube erworben hat, brachte gestern abend im Konzerthaus die dreitägige Oper „Der Wassertäger“ von Cherubini zur Aufführung. Das nun schon über 120 Jahre alte Werk gehört vor allem seines wirksamen Librettos wegen, dessen Verstandlichkeit mit Veethobens „Fidelio“ ja bekannt ist, zu jenen ersten Schöpfungen der Spieloper (deren Ausgangspunkt Cherubini war), die auch heute noch eines dankbaren Publikum's fähig sind. Aber auch die meisterhafte Musik Cherubinis, die stellenweise — wenn auch nicht durchgehend! — bereits einen dramatischen Charakter aufweist, verleiht ihre Wirkung auf den Hörer von heute

keineswegs. Das gilt nicht nur von der öfters im Konzertsaal gespielten Overtüre, sondern auch von dem größten Teil der Gesamtpartitur.

Nun ist es um die Einstudierung einer Oper naturgemäß etwas anderes, als um die eines Chorwerks, zumal dann, wenn es sich bei der Mehrzahl der Mitwirkenden nicht um Kräfte handelt, die schon über Bühnenerfahrung verfügen, sondern um angehende Nuntjünger und Schüler. Die Schwierigkeiten häufen sich bei solchen Unternehmen ins Ungewöhnliche, und es wäre darum unangebracht, eine solche Aufführung anders als unter dem Gesichtswinkel des musikalischen und künstlerischen Zweckes zu bemerken. So betrachtet, dürfte die gelungene Aufführung zweifellos Anspruch auf Beachtung erheben. Direktor Münz und seine Anstalt haben damit einen neuen Beweis ersten künstlerischen Strebens und Willens erbracht. Auf der Bühne sowohl wie im Orchester gab es trotz mancher Unvollkommenheiten u. trotz aller gewisser typischer Anfangsschwächen doch viel Erreichtes zu hören. In der Schar der Sänger zeichnete sich neben Herrn Schewerdt vom Landesheater, der für die Rolle des Grafen Armand gewonnen war und als der einzige Mitwirkende mit längerer Bühnenerfahrung naturgemäß schon dank der musikalischen und darstellerischen Sicherheit seiner Leistung besonderen Erfolg erzielte, vor allem Fel. Josef Landwehr aus, der die Rolle der Gattin Armands übertragen war. Sie hat nicht nur eine schöne, kräftige und tragfähige, mit bemerkenswerter Sorgfalt geseulte Sopranstimme, sondern sie scheint auch wirkliches Theaterblut und ausgeprägtes dramatisches Empfinden zu besitzen, das in ihrem lebhaften und belebten Vortrag sowohl wie in ihrer sprechenden und lebendigen Miene, Haltung und Gestikulation zum Ausdruck kommt. Ein schönes, mit Fleiß und Sorgfalt behandeltes und offenbar noch weiterer Entwicklung fähiges Stimmmaterial von sympathischer Klangfarbe besitzt auch Herr Pechold, der die Partie des Wassertägers Michell sang. Auch sein Spiel war nicht unheimlich, obgleich noch der Routine erlangend.

Unter der umsichtigen und verständnisvollen Leitung von Direktor Münz vollbrachten auch die übrigen an der Aufführung beteiligten Kräfte einschließlich des Chors und des Orchesters, im allgemeinen anerkanntenswerte Leistungen.

G. R. f.

Behandlung, die Deutschland heute von seinen feindlichen Gegnern erfährt, stelle nach dem Ausdruck leitender amerikanischer Staatsmänner die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln dar. Wenn die Washingtoner Konferenz in der Tat ein Weltfriedensprogramm aufstellen wolle, so müsse sie auch den gegen Deutschland geführten verschleierte Krieg aus der Welt schaffen, indem sie den oben erwähnten Vorschlag der amerikanischen Finanzleute annehme und außerdem ihr Augenmerk darauf richte, Deutschland aus seiner jetzigen wirtschaftlichen Niederlage wieder emporzuziehen. Nicht nur der Not müsse abgeholfen werden, sondern auch die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen müssen aufgehoben werden.

Kundgebungen der deutschen Pazifisten.

Die deutschen pazifistischen Organisationen haben beschlossen, der am 15. November in Amsterdam tagenden Abrüstungskonferenz der Gewerkschaftsinternationale ein Schreiben zugehen zu lassen, in dem die Konferenz aufgefordert wird, neben der Vorbereitung der eigenen Aktionen der Arbeiterklasse in der öffentlichen Meinung ihrer Länder und besonders bei ihren Regierungen sich für die Durchführung der Beschlüsse der zweiten Abrüstungskonferenz einzusetzen. Zugleich sollte die Konferenz für die Umwandlung der alliierten Militärkommissionen in den besiegten Ländern in Ausschüsse des Völkerbundes tätig sein und für die Ausdehnung des dem Völkerbund gegenüber diesen Völkern zustehenden Rechtes zu Untersuchungen militärischer Art auf alle Völkerbundsmitglieder.

Die Berliner pazifistischen Verbände, die Gewerkschaftskommission und der Abrüstungsausschuss „Nie wieder Krieg“ veranstalteten gestern eine Kundgebung anlässlich der Konferenzen in Washington und Amsterdam. Wilhelm Reimann von der Berliner Gewerkschaftskommission, Hauptmann a. D. Wally Meyer und Dr. Hans Simon jur. von der Völkerbundsliga referierten über die Forderungen und Hoffnungen, die die deutschen Pazifisten an Washington und Amsterdam knüpfen. Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frau Pfäff vertrat den Standpunkt der pazifistischen Frauen. Annam L. Wegner widmete den Toten des Weltkrieges ein Gedicht. Zum Schluss der Versammlung verlas der Vorsitzende, Karl Betzer, zwei Telegramme der veranstaltenden Organisationen an die Konferenzen von Washington und Amsterdam. Das erste Telegramm appelliert an die Staatsmänner, ihre Beschlüsse „trotz aller Widerstände auf die Kernfrage internationaler Abrüstung einzustellen“, das zweite drückt die Hoffnung aus, daß es dem internationalen Gewerkschaftsbund gelingen werde, den Beschlüssen seiner Tagung bei den Regierungen Respekt zu verschaffen.

Das Reichskabinett

Das gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten ist, behandelte die schwebenden Fragen der Reparationsverhandlungen und der Kreditaktion der Industrie. An den Beratungen nahmen neben den Ministern die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts teil. Die Beratungen des Kabinetts werden heute fortgesetzt.

Aber die Besprechungen mit der Reparationskommission gehen in der Presse die verschiedensten Gerüchte um. Hierzu wird festgestellt, daß alle Mitteilungen über die Verhandlungen auf Kombination beruhen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Solange die Verhandlungen dauern, können amtliche Erklärungen darüber aus Gründen des Staatsinteresses nicht erfolgen. Allmählich nach Abschluß der Beratungen wird ihr Ergebnis bekanntgegeben werden; gegebenenfalls wird die Regierung im Reichstag Mitteilung machen.

Die „Deutschen Werke“.

Der Zentralbetriebsrat der „Deutschen Werke“ in Spanbau, der zur Verlegung seines Stützpunktes gegenüber den letzten Forderungen der Interalliierten Militärkontrollkommission um eine Unterredung mit deren Vorsitzenden nachgehakt hat, ist gestern vormittag von General Kollat empfangen worden.

Die Gesamtleitung der „Deutschen Werke“, Werl Erfurt, protestiert in einer Entschuldigend gegen die Erklärungen des Abgeordneten Malahn in der Reichstagsitzung vom 10. November. Es sei unklar, daß in dem Werk Erfurt jetzt oder nach Ausbruch der Revolution jemals Maschinengewehre angefertigt worden seien; ebensowenig sei in dieser Zeit auch nur eine Patrone hergestellt worden. Am Schluß der Entschuldigend heißt es: „Der Gesamtbetriebsrat lüftet den Reichstag, Malahn zu veranlassen, seine unwahren Behauptungen zu widerrufen.“

Kurze polit. Nachrichten.

Die Gemeindevahlen in Sachsen. Wie die Berliner Blätter aus Dresden melden, ist in einer großen Anzahl von Städten und Gemeinden Sachsen bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen die sozialistische Mehrheit gebrochen worden, so u. a. in Grimma und in sämtlichen Orten der Lausitz. In Leipzig wurden bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent nach dem vorläufigen Ergebnis 167 398 bürgerliche und 172 012 sozialistische Stimmen abgegeben. Voraussichtlich werden sich bürgerliche und sozialistische Stadtverordnete in gleicher Zahl gegenüberstellen (36 : 36). Bisher hatten die Bürgerlichen 33 Sitze und die Sozialisten 39. Es fielen auf die Mehrheitssozialdemokraten 26 439 Stimmen (voraussetzliche Zahl der Sitze 6), Unabhängigen 114 733 Stimmen (24 Sitze), wirtschaftliche gemeinliche 134 019 (28 Sitze), Demokraten 29 386 (6 Sitze), Kommunisten 30 846 (7 Sitze), Deutschsozialen 8948 Stimmen (ein Sitz).

Bei den ersten Stadtverordnetenwahlen in Leipzig nach der Umwälzung, am 26. Januar 1919, erhielten die Parteien folgende Stimmen und Mandate:

USP. 129 789 und 33 Mandate, Mehrheitssozialdemokraten 23 852 und 6 Mandate, Demokraten 63 892 und 17 Mandate, Wirtschaftl. Bürgerausschuß 26 890 und 7 Mandate, Deutschnationale 18 235 und 5 Mandate, Privatangestellte 15 299 und 4 Mandate, Zentrum 1938 und 0 Mandate. Insgesamt wurden also 279 895 Stimmen abgegeben. Von den gewählten 72 Stadtverordneten hatten die beiden sozialistischen Parteien 39, also eine Mehrheit. Bei der Wahl am Sonntag ist ein Rückgang der unabhängigen und ein Anwachsen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Stimmen zu verzeichnen.

Zumult im Braunschweigischen Landtag. Im braunschweigischen Landtag kam es dieser Tage zu stürmischen Ausbrüchen. Nachdem sämtliche Fraktionen des Hauses sich darüber geeinigt hatten, durch schnellste Beratung des Haushaltsplanes für das laufende Jahr, der Besoldungsgesetze und des Verfassungsentwurfs die Arbeiten so zu beschleunigen, daß im nächsten Januar die Neuwahl erfolgen können, kam es bei der Beratung des Haushaltsplanes durch eine Rede des Abgeordneten Blasius (Landeswahlverband) zu erregten Szenen. Der Abgeordnete übte scharfe Kritik an den Ministern, insbesondere an der Tätigkeit des Ministers Dr. Oster. Darauf entstand ein obenbelebender Lärm, da die Rede die Angriffe zurückwies. Dem antwortenden Vizepräsidenten war es nicht möglich, die Ruhe

wieder herzustellen. Er verließ den Präsidentenstuhl; auch die Abgeordneten sprangen auf und verließen die Ränge. Der nach einiger Zeit zusammengetretene Absteigesausschuß beschloß, die Sitzung abzubrechen und die nächste Sitzung auf Dienstag vormittag anzuberaumen.

Bei den Bürgerstimmwahlen in Lübeck erhielten von insgesamt 64 000 Stimmen die Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen 31 068, die Kommunisten 4317, die Vereinigten Bürgerlichen Parteien 19 794, der unpolitische Bürgerbund 366, die Grundbesitzer 5078 Stimmen. Das Verhältnis der sozialdemokratischen Abgeordneten zu den bürgerlichen in der neuen Bürgerschaft ist 44 zu 36.

DZ. Umfangreiche Kartoffelverschiebungen hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. in ihrem Bereich festgestellt. Vom 15. September bis 25. Oktober wurden über die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Bahnhöfe Goldstein und Höchst a. M. ungefähr eine Million Zentner Kartoffeln in das besetzte Gebiet und darüber hinaus in das Saargebiet verschifft. Die Versandstationen lagen vorwiegend im Bezirk Stettin. Da in Frankreich bis zu 4 Franken, also 400 bis 500 M. für den Zentner Kartoffeln geboten werden, so stellt sich für den Händler der Verdienst auf eine Höhe bis zu 350 M. Die Erhebungskosten frei Saargebiet dürften nämlich 50 M. nicht übersteigen. In den meisten Fällen gingen die Kartoffeln an Großhändler und Speiteure.

Demission des ungarischen Kabinetts. Ministerpräsident von Bethlen gab dem Reichsdeutscher die Demission der Regierung bekannt. Die Regierung wurde ersucht, die Geschäfte weiterzuführen.

Die gefährlichen Theaterjäger. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus Wiesbaden: Die Schauspieler vom Stadttheater in Hanau wollten in Wiesbaden als Gastspiel des Schauspiel „Die Jäger“ geben. Die Gepäckstücke mit den Kostümen wurden von den Franzosen beschlagnahmt, da sich darin auch Schwerter für die russischen Uniformen befanden und die Einfuhr von „Waffen“ ins besetzte Gebiet bekanntlich verboten ist.

Badische Uebersicht.

Milchschulden in der Schweiz.

Vom Ministerium des Innern schreibt man uns: Die an der Schweizer Grenze liegenden Gemeinden haben aus der Kriegszeit bestammende Milchschulden in Höhe von 3 Millionen Franken. Die Gemeinden dürften während des Krieges weder Schuldkapital noch Zinsen an den Gläubiger zahlen. Nach dem Krieg waren bei der sinkenden Tendenz des Marktpreises die Schuldner nicht mehr in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, weshalb sie sich an die Landesregierung um Hilfe wandten. Im Laufe des Jahres 1921 kam unter Führung der badischen und der schweizerischen Regierung zwischen den Schuldner- und Gläubigern eine Abmachung zustande, nach welcher der badische Staat aus Erträgen von Ausfuhr die während des Krieges bis zum 1. Juli 1920 aufgelaufenen Zinsen leistete (es waren dies 103 630 Franken) und nach welcher er in Verbindung mit den Gemeinden sich bemüht, jährlich 20 Prozent der Kapitalschuld abzutragen. Die laufenden Zinsen müssen von den Gemeinden selbst aufgebracht werden, wodurch deren Haushaltsbudgets immerwährend schwer erschüttert sind. Der rückständige und der laufende Zinsendienst wurde bisher voll erfüllt. 20 Prozent der 3 Millionen Frankenschulden machen 600 000 Franken aus. Infolge des neuerlichen gewaltigen Sturzes des Marktpreises konnte von dieser Schuld bis jetzt nur ein ganz geringer Betrag abgezahlt werden. Im Markt umgerechnet macht diese Teilzahl nämlich den ungeheuerlichen Betrag von 28 616 250 Mark aus.

Das badische Ministerium des Innern hat nun erwogen, ob nicht der an der Schweizer Grenze infolge des schlechten Marktpreises sich vollziehende riesenhafte Abfluß von Waren nach der Schweiz zur Abdeckung ihrer Milchschulden in irgend einer Form ausgenutzt werden könne. Mit den zuständigen Reichsorganen war eine Verständigung dahin getroffen, die Grenze zu schließen und dann eine Riste von in Waren freigegebenen Ausfuhrwaren aufzustellen, für die beim Verkauf ein Frankensalutaaufschlag geleistet werden soll. Mit Handelskreisen und den Gemeinden ist darüber verhandelt worden.

In Pressenotizen, auch in der „Karlsruher Zeitung“ vom 12. November 1921, wurde nun mitgeteilt, eine Stadt in Oberbaden habe zur Abdeckung ihrer Milchschulden einen Warenpreisaufschlag in Franken für Käufer aus der Schweiz angeordnet, was anderen Gemeinden zur Nachahmung empfohlen werden könne. In Wirklichkeit aber hat der Stadtrat dieser Stadt gemeint, er könne jetzt dornweg eigenmächtig vorgehen und den Absichten des Ministeriums des Innern vorzuziehen und aus dem Umstand, daß die Geschäftswelt dieser Stadt Hauptlieferantin für Schweizer Käufer ist, die aus den Kaluzaufschlägen erhebliche Einnahmen lediglich für die Abzahlung der Milchschulden dieser Stadt zurückbehalten. Auf dieses etwas eigenartige Vorgehen hin hat das Ministerium des Innern entsprechende Anordnungen getroffen.

Im Benehmen mit den zuständigen Reichsstellen wird demnächst die Ausfuhr solcher Waren, die nicht als Lebensmittel anzusehen sind, und hinsichtlich deren im Land ein Mangel nicht zu befürchten steht, wieder freigegeben. Dabei wird jedoch zur Voraussetzung gemacht werden, daß als Ausgleich für den bei der Entwertung der deutschen Mark außerordentlich billigen Kaufpreis, den der Ausländer bezahlt, ein Frankenaufschlag erhoben wird. Dieser Aufschlag darf selbstverständlich nicht, wie es eine oberbadische Stadt kürzlich für gewöhnlich erachtet hat, für einzelne Gemeinden eingezogen werden, vielmehr wird er zur Deckung der Gesamtheit der Milchschulden der oberbadischen Gemeinden Verwendung finden.

Wenn einmal die Milchschulden abgezahlt sind, dann muß aus ähnlichen Gründen heraus an die Abdeckung von Viehschulden in Höhe von etwa 3 Millionen Franken gedacht werden, die auch wegen des bekannten reichsrechtlichen Zahlungsverbot für während des Krieges von der Schweiz eingeführtes Vieh aufstiegen. Viehzüchterverbände und Händler, welche im Auftrage von Städten und Gemeinden Rücktrieb einführten, kommen hier als Schuldner in Betracht; öffentlich-rechtlich angefallene Bedürfnisse waren es, die hierbei während des Krieges befriedigt wurden, womit gesagt werden will, daß der Staat natürlich nicht auch für privatrechtlich entstandene Schulden einstehen kann.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmnisse.

a. Annahme von Frachtgutwagenladungen nach Bingerbrück Ort und Übergang ist gesperrt. Ausgenommen sind Kartoffeln und Besatzungsgut. Für Genehmigung weiterer dringlicher Sperremaßnahmen ist die Direktion Mainz zuständig.

b. Annahme von Gütern und Frachtgut nach Emmersdorf Ort und Übergang ist verboten. Ausgenommen sind Lebensmittel.

c. Annahme von Frachtgutwagenladungen nach sämtlichen Frankfurter Bahnhöfen Ort und Übergang ist gesperrt. Aus-

genommen sind dringende Lebensmittel und Besatzungsgut. Weiter dringliche Ausnahmen kann Eisenbahndirektion Frankfurt zu lassen.

Sperre für Wagenladungen nach Düsseldorf Bahnhöfen ist aufgehoben.

Ar. 63 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung und Bekanntmachung; des Ministeriums des Innern: die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten; des Justizministeriums: die Statistik der gewerblichen und der kaufmännischen Streittigkeiten. — Der Preis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Jahr 1922.

DZ. Mannheim, 11. Nov. Der Vorstand der Mannheimer Produktensbörse wendet sich in einem Aufsatze gegen die unläutereren Elemente im Lebensmittelhandel, die den Fall der Mark benützen, um sich von Verkäufen zu drücken und die Preise zu steigern. Es müssen alle Personen rücksichtslos aus dem Geschäftsbereich ausgeschlossen werden, welche durch ihr Gebahren Treu und Glauben verletzen und durch unreelle, gegen die gute Sitte verstößende Handlungsweise, das Ansehen der Geschäftswelt schädigen und die Allgemeinheit benachteiligen.

DZ. Mannheim, 12. Nov. Wie das Tagblatt erfährt, sind die Bedingungen der Direktion der Benzwerke für die Wiederaufnahme der Arbeit in der heutigen Arbeiterversammlung abgelehnt worden.

DZ. Heidelberg, 8. Nov. Ein Auslandsdeutscher in Südamerika teilt dem „Tagblatt“ zufolge mit, daß er von dem großen Glend der Kleinrentner geleitet habe. Er habe gleich der Rhein. Kreditbank geschrieben, dem „Tagblatt“ für diese 20 000 M. zu überweisen.

DZ. Pforzheim, 11. Nov. Hochherzige Schenkung. Herr Manuel Escasana hat im Namen der Firma Casa Escasana S. A. in Buenos Aires bei seiner Durchreise in Pforzheim der Stadt den Betrag von 100 000 Mark überwiesen, die für Waisen und kranke Kinder verwendet werden.

DZ. Offenburg, 14. Nov. Die Strafkammer I begann heute morgen unter großem Andrang des Publikums die Verhandlung gegen die Kaufleute Bohn und Henn wegen Bankrott und Betrug. Vor einem Jahre hatte der Zusammenbruch dieser Firma in Offenburg und der weiteren Umgebung großes Aufsehen erregt. Die beiden jugendlichen Angeklagten hatten im vergangenen Jahre das Geschäft „Gansa“ inne. Sie lieferten sich mit Auskunfterteilungen und Geschäftsvermittlungen. Anfangs beschäftigten sich die beiden Angeklagten mit dem Verkauf von Zigaretten und ähnlichen Handelsgeschäften. Ende Februar 1919 kam Bohn mit dem Kaufmann Sproß in Offenburg zusammen und gewann diesen bald zur Hergabe von kurzfristigen Darlehen zum Zweck des besseren Betriebes seiner Firma, Bohn, der durch Sproß nun auf einmal erhebliche Geldbeträge in die Hand bekam, wurde zum Verschwenker. Er und Henn fuhren nach Frankfurt, wo sie in wenigen Tagen nicht nur die mitgebrachten Gelder von etwa 3000 Mark, sondern auch die von Sproß nach Frankfurt nachgeschickten 4000 Mark, sowie mehrere 1000 Mark, die sie von der Frau Geist, jetzige Ehefrau Henn, erhielten, insgesamt 10 000 Mark, in unsinnigster Weise, bei Selt, Weibern und Autofahrten vergeudeten. Diesen Lebenswandel setzten die Angeklagten in der Folgezeit fort, und zur Deckung der Ausgaben mußten stets neue Geldquellen erschlossen werden. Insbesondere verkehrte Bohn mit hier sich aufhaltenden Schauspielern und verschwendete bedeutende Summen. Er lebte auf großem Fuße, verkehrte nur in den ersten Hotels, machte Ausfahrten und Tanzveranstaltungen. Er und wußte sich Eingang in die besten Gesellschaftskreise zu verschaffen. Die Geschäftsmanipulationen der beiden Angeklagten waren von vornherein auf eine Täuschung der mit ihnen in Geschäftsverbindung tretenden berechnet, zahlreiche Angestellte, in luxuriösen Büros, wurden engagiert, obwohl überhaupt nichts zu tun war. Der Prozeß hat eine ganze Anzahl hiesiger Kaufleute sowie Rentner und Landwirte schwer geschädigt, die auf das großspurige Auftreten der beiden Angeklagten vertrauten und herein gefallen sind. Der Prozeß wird voraussichtlich 4 Tage in Anspruch nehmen.

DZ. Freiburg, 11. Nov. Unter der Beschuldigung, den Luzemburgischen Silberhändler zur Flucht aus dem hiesigen Amtsgefängnis verholfen zu haben, stand der 23jährige ehemalige Gefangenenaufseher Ludwig Kempfer aus Oberchwanden (Württemberg) und der 34 Jahre alte Kellermeister Joseph Heucher aus Aachen vor Gericht. Kempfer wurde wegen Gefangenensbefreiung und Vorsehung unter Verfassung mildender Umstände zu 1½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Heucher wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

DZ. Freiburg, 11. Nov. Wie wir erfahren, besuchten heute nachmittag elfstündige Käufer ein hiesiges Geschäftshaus, um einen Pels einzukaufen. Da ihnen aber die Abgabe des Pelses verweigert wurde, kam es zu Tätlichkeiten gegen die Inhaber des Geschäftes. Schließlich wurde ihnen mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht und ihnen die Personalien abverlangt. Um dieser Anzeige zu entgehen, erklärten sich die Käufer bereit, als Buße für den begangenen Hausfriedensbruch einen Betrag von 1000 Mark zu zahlen, der den Kriegsschulden der Stadt zugute kommen wird.

DZ. Aberglen, 11. Nov. In dem alten prächtigen Patrizierhaus der Vanotti in der Christophstraße wird demnächst ein Künstlerheim eingerichtet werden. Der bekannte Kunstschriftsteller Meier-Gräfe war kürzlich hier und hat mit dem Besitzer des Hauses, dem Schriftsteller Reine, verhandelt. Nachdem der Gemeinderat dem Plan zustimmte, dürfte das Projekt bis zum Frühjahr zur Ausführung kommen. Das Aberglen Künstlerheim könnte etwa 6-7 Künstler unentgeltlich beherbergen. Die Gelder hierzu stammen aus einer Stiftung.

DZ. Konstanz, 13. Nov. Der heftige Sturm hat großen Wellengang auf dem Bodensee verursacht und schon manchen Schaden zugefügt. Aus Staad wird berichtet, daß in der Nacht zum Donnerstag infolge des Sturmes fünf Motorboote gesunken sind, in der Nacht auf Freitag zwei weitere. Bekanntlich haben sich die Fischer in Staad schon seit Jahren um die Herstellung eines geschützten Hafens bemüht, die Verhandlungen, hierüber gehen auch schon Jahre lang.

DZ. Vom Bodensee. In der Bodenseeregion richtete der am Sonntag herrschende Sturm nicht unbeträchtlichen Schaden an. Die am Sonntag nachmittag auf dem See verkehrenden Schiffe konnten meist nur an Orten mit Häfen anlegen. Schwere Fahrt hatte namentlich das Dampfboot „Greis“. Das Schiff war mit Fahrgästen sehr stark besetzt und wurde von den Wellen ständig hin- und hergeworfen. Viele Reisende wurden seetranke. Ein Mädchen aus Konstanz wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus Friedrichshafen eingeliefert. — Die Schiffsüberfahrt zwischen Allensbach und der Insel Reichenau mußte eingestellt werden. Auch in Lindau wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Die Technische Hochschule hat zum Ehren doktor ernannt den Vorstand der Betriebsabteilung der badischen Eisenbahngeneraldirektion, Geh. Oberbaurat Alexander Courtin, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwid-

lung des Lokomotivbaues. Ferner wurde der Dr. Ing. Ehrenhalber verlesen dem Direktor der Schiffs- und Maschinenbau- u. G. Richard Blumende in Mannheim in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der See- und Flussbagger sowie der Schleppdampfer mit geringem Tiefgang.

Badisches Landestheater. Man schreibt uns aus der Theater-Langlei: Am Mittwoch, den 16. November findet im Festballsaal eine Wiederholung der Aufführung von Beethovens „Missa solennis“ in der gleichen Besetzung wie beim Musikfest in der Herbstwoche statt. (Mitwirkende: Marie von Ernst, Paula Weber, Franz Schwerdt, Max Wittmer als Solisten, das Landestheaterorchester, der Chor des Landestheaters, sowie eingeladene Damen und Herren. Dirigent: Generaldirektor Cortollegis.) Der Aufführung wird diesmal ein kurzer Einleitungsvortrag von Musikdirektor Anton Rudolph vorausgehen. Es ist der Theatergemeinde des B.B. gelungen, diese Aufführung ihren Teilnehmern zu außerordentlich ermäßigtem Preis vorzugsweise zugänglich zu machen; die Theatergemeinde ruft für diese große Konzertveranstaltung sämtliche Teilnehmer auf. Die Teilnehmer erhalten auf jede Teilnehmerkarte (Ergänzungsabschnitt A) bis zu drei Konzertkarten zum Preise von 6 M. (numerierter Sitzplatz) oder eine Konzertkarte zum Preise von 4,50 M. (unnumerierter Sitzplatz). Die Karten werden in der üblichen Weise in der Geschäftsstelle ausgeteilt und zwar vom 11. bis spätestens 14. November. Im freien Verkauf sind Karten in beschränkter Zahl zu 12 M. (numeriert) und 5 M. (Stehplatz) an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters erhältlich.

Brand. Vorgehen am Abend entstand in einem Hause der Weierstraße im Stadtteil Weierheim auf noch unaufgeklärte Weise Feuer. Die freiwillige Feuerwehr von Weierheim wurde sofort alarmiert. Etwas später erschienen auch die Berufsfeuerwehreinheiten am Brandplatz. Weiden Wehren gelang es, nach kurzer Zeit den Brand zu löschen. An dem Gebäude brannte der Dachstuhl über dem Kellergeschoß nieder. Der Gebäudeschaden ist beträchtlich. Die Frauentische konnten noch rechtzeitig herausgeschafft und in Nachbargärten untergebracht werden. Eine in der Nachbarschaft der Brandstelle wohnhafte Tischlerwerkstatt erlitt durch den Schreck einen Herzschlag und starb kurze Zeit darauf.

Badische Gemeindegeschau.

Badischer Städteverband.

Über die Vorstandssitzung vom 5. November 1921 wird uns berichtet:

Na. Die Revision der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten wird in der vom Unterausschuß mit den Beamtenvertretern vereinbarten Fassung bestätigt und gleichzeitig über diejenigen Fragen Beschluß gefaßt, über die die Entscheidung noch vorbehalten war. In gleicher Weise wird der Vereinbarung mit den Straßenbahnern über die Eingruppierung in die Besoldungsordnung zugestimmt. Nur soll künftig die in Aussicht stehende Reichsleiterordnung für die Reichsleiterregelung maßgebend sein. Bis zum Erlaß dieser Ordnung bleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

Die infolge der weiteren Geldentwertung vom Reiche beabsichtigte neue Besoldungsregelung wird eingehend erörtert. Grundsätzlich muß nach Ansicht des Vorstandes diese Neuregelung auch für die Gemeindebeamten Platz greifen. Die Städte können die Mehraufwendungen aber nur tragen, wenn ihnen die Mittel durch Reichsdotation und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab, gewährt werden. Eine Verweisung auf neue Steuerquellen genügt nicht. Es wird daher beschlossen, gemeinsam mit dem Deutschen Städtebund und den Beamtenorganisationen unterbreitend bei den Reichsbehörden dringende persönliche Vorstellungen zu erheben, gleichzeitig auch die Reichstagsabgeordneten um dringende Unterstützung der Städte zu ersuchen. Der Vorstand ist sich klar darüber, daß die Durchführung der Gehaltserhöhungen ernstlich in Frage gestellt ist, wenn die Deckungsfrage nicht gelöst wird.

Der Vorstand empfiehlt den Städten, die Vorbereitungen derart zu beschleunigen, daß die Auszahlung nach Maßgabe der endgültigen Reichsregelung gegebenenfalls unverzüglich nach der Beschlußfassung der zuständigen städtischen Kollegien erfolgen kann.

Die Prüfungsordnung für die Gemeindebeamten wird beraten und über die noch strittigen Fragen Beschluß gefaßt. Hervorzuheben ist, daß die Prüfungsordnung hierin nicht nur für die Beamten der beiden Städteverbände, sondern auch für die Beamten des Gemeindeverbandes Anwendung finden soll. Die zweite Prüfung (Oberleitungsprüfung) wird getrennt in eine Prüfung für Verwaltungs- und Rechnungsbeamte.

Die Mustervergütungssteuerordnung wird nach dem von den Finanzbeamten der Städte aufgestellten Entwurf angenommen mit den Abänderungen, die infolge der Reichssteuergegebung notwendig geworden sind. Sie wird den Städten zur gleichmäßigen unveränderten Einführung empfohlen.

Dem Vernehmen nach ist seitens des Ministeriums beabsichtigt, Verhandlungen über die Neuregelung des Submissionswesens mit den Handwerkerorganisationen zu führen. Der Vorstand wünscht gegebenenfalls zu diesen Verhandlungen hinzugezogen zu werden.

Für die Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden aus dem nach dem Steuerverteilungsgefes gebildeten Lafienausgleichsfonds erachtet der Vorstand ein schematisches Vorgehen, das die Gewährung eines Zuschusses von der Höhe der Umlage abhängig macht, nicht für gerechtfertigt. Es müssen vielmehr die allgemeinen örtlichen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden.

DZ. Mannheim, 12. Nov. Aufenthaltsteuer für Ausländer. Die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses hat den Antrag gestellt, mit sofortiger Wirkung von der Aufenthaltsteuer für Ausländer eine Aufenthaltsteuer einzuführen, welche jeweils in der Höhe des Heimatkommunales zu entrichten ist.

DZ. Heidelberg, 11. Nov. Der Stadtrat hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses für das Theaterjahr 1921/22 einen Zuschuß von 600 000 M. bewilligt.

DZ. Bielefeld, 12. Nov. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921/22 sieht einen ungedeckten Aufwand von 314 785 M. vor, die durch Umlage gedeckt werden sollen. Der Voranschlag wurde vom Bürgerausschuß genehmigt, dagegen fand die Vorlage, die für die Wiederherstellung des abgebrannten Volksschulgebäudes 1 200 000 M. forderte, keine Zustimmung. Es wurde vielmehr ein Antrag angenommen, der verlangt, daß ein neues Projekt ausgearbeitet sei.

DZ. Freiburg, 11. Nov. Die Voranschlagsberatungen wurden heute nachmittag, in der dritten Sitzung, zu Ende geführt. Die Vergütungssteuerordnung wurde in der vorgelegten Form angenommen. Im Lauf der Verhandlungen wurde u. a. auch bemerkt, daß sich die Mißhabsteuer nach der Stadt Freiburg in Zukunft wohl etwas besser gestalten werde, da für die Stadt weitere Lieferungsleistungen durch die Regierung in Aussicht gestellt wurden. — Aus finanziellen Gründen wird dem katholischen Institut ein Jahreszuschuß von 100 000 M. zugesprochen, da die Stadt zurzeit nicht in der Lage ist, eine zweite höhere Mädchenschule zu errichten. Ohne Debatte wurden die Feuerungsbezüge für die Beamten bewilligt. Nach längerer Debatte fand auch die Beamtenbesoldungsvorlage Annahme durch den Bürgerausschuß. Einmütig wurden die Kreditüberschreitungen und die neuen Kredite bewilligt. Nach dem Antrag des Stadtrates wurde die Umlage festgesetzt. Es sind demnach zu bezahlen: von 100 M. Steuerwert des Gebäudemögens 2 M., von 100 M. Steuerwert der einzelnen geschätzten Grundstücke 3 M., von 100 M. Steuerwert der klassifizierten Grundstücke und des Waldes 4 M., von 100 M. Steuerwert des Betriebsvermögens 2 M. Die Rechnungsprüfung gab zu keinen Anlässen Anlaß. Wie üblich, stellten um 7 Uhr abends die Presseberichterstatter ihre Tätigkeit ein. Erst nach 7 Uhr kam die Theatervorlage zur Debatte, nachdem ein Antrag, diese Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, ohne Erfolg geblieben war.

DZ. Freiburg, 14. Nov. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung in Abwesenheit der Pressevertreter, die um 7 Uhr abends die Sitzung verlassen hatten, die Vorlage des Stadtrates mit großer Mehrheit angenommen, die für die Fortführung des Theaterbetriebes im laufenden Rechnungsjahr einen Zuschuß von 3 150 000 M. vorsieht. Nach der gleichen Vorlage hätte sich bei Schließung des Theaters ein Zuschuß von 3 007 000 M. ergeben. Die Mehrheit des Bürgerausschusses war der Überzeugung, daß das Freiburger Theater nahe der Grenze erhebliche kulturelle Aufgaben zu erfüllen habe. Aus den Ausführungen der Vertreter der Stadtverwaltung ging hervor, daß man bei der kassischen Regierung und bei der Reichsregierung einen Zuschuß für das Freiburger Stadttheater erbat.

DZ. Waldkirch, 13. Nov. Das Gaswerk Emmendingen hat einen Plan eingereicht, der die Versorgung von Waldkirch mit Gas vom Emmendinger Gaswerk aus mit Hilfe einer Hochdruckleitung vorsieht. Dieser Plan wird auf Beschluß des Gemeinderates dem Bürgerausschuß zur Kenntnis gebracht werden. — Für die Elsch-Vollringer bewilligte der Gemeinderat einen Verkaufszuschuß von 32 000 M. und kostenlose Fergabe des Baugebietes.

DZ. Waldkirch, 11. Nov. Nach dem Voranschlag für 1921 betragen die Gesamtausgaben 2 232 372 M., denen Einnahmen im Betrag von 1 428 307 M. gegenüberstehen, so daß sich ein Fehlbetrag von 808 065 M. ergibt, welcher durch Umlagen in Höhe von 2,80 M. für 100 M. Steuerwert des Vermögens- und Betriebsvermögens gedeckt werden soll. Die Einnahmen aus den Umlagen belaufen sich auf 456 000 M., denen 227 000 M. Ausgaben gegenüberstehen.

Literarische Neuerscheinungen.

Die sterbende Monarchie. Ein politischer Roman aus Deutschlands größter und kleinster Zeit von einem Deutschen. (Preis geheftet M. 20,00. Richard Mühlmann, Verlagsgesellschaft Max Grothe, Halle a. d. Saale.)

Arnold Mili. Ararat. (Verlag Albert Langen, München). Der „Ararat“ ist eine Schöpfung, die so nur aus unserer Zeit entspringen konnte, und dennoch ein zeitloses Werk, eine so reine wie kühne Dichtung von biblischer Wucht und Größe, von legendärer, unirdischer Schönheit, voll dämonischer düsterer Bilder und traumhaft poetischer Gesichte.

Hanns Johst: Kreuzweg. Roman. Preis geheftet 18 M. (Verlag Albert Langen, München). Dieser neue Roman zeigt Hanns Johsts elementare Dichtkraft zu schöner und abgeklärter Reife gediehen. Raum ein anderer Autor unserer Tage hat den Kern der brennendsten Gegenwartsprobleme — des sozialen und des religiösen — so in ihrer Tiefe erfasst und so leidenschaftlich zu ihnen Stellung genommen, wie Johst es in diesem Buche tut.

Marie Diers: Die berühmte Frau. Roman. Gebunden 20 M. (Verlag J. Engelhorn's Nachf., Stuttgart.) Reife Lebenserfahrung und psychologische Vertiefung machen diesen Roman zu einem echten Frauenbuch.

Staatsanzeiger.

Eröffnung von Finanzämtern.

Mit dem 15. November d. J. wird der Steuerkommissarbesitz Hornberg aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt wird dadurch im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichs-abgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Triberg. Das Finanzamt übernimmt für seinen Geschäftsbezirk die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkommissarbesitzes Hornberg. Der bisherige Steuerkommissarbesitz bleibt vorerst im alten Dienstgebäude.

Karlsruhe, den 8. November 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Röhler.

Sprachbuch für Volksschulen

Übungen für den Unterricht in Rechtschreiben und Sprachlehre.

Verfälschte Ausgabe in drei Lehrer- und drei Schülerheften

Bearbeitet von

R. Bauer, E. Sellert, R. Höpfer,
Lehrer in Gießen, Oberlehrer, Mannheim, Hauptlehrer, Mannheim

unter Mitwirkung von G. Behringer, Rektor in Durlach.

Schülerheft: I 3,20 M., II 4,20 M., III 6.— M.
Lehrerheft: I 7,60 M., II 10.— M., III 16.— M.

Die vorliegende gefälschte Ausgabe soll bei einfachen Schulverhältnissen, wo der Lehrer in weit höherem Maße als sonst genötigt ist, sich auf das Unerlässliche zu beschränken, die Auswahl erleichtern. Sie läßt zu diesem Zwecke von vornherein alles weg, was nur unter günstigen Verhältnissen erreicht werden kann. Die Lehrer an den vielen ein- und zweiklassigen Schulen werden gerade diese Beschränkung auf das Notwendige dankbar begrüßen.

Die Vereinfachung mehrerer Schuljahre in demselben Hefte erleichtert das Zurückgreifen auf früheres und macht besonders Wiederholungsaufgaben zum großen Teil überflüssig. Auch wird dadurch dem Umstand Rechnung getragen, daß bei einfachen Verhältnissen vielfach zwei oder mehrere Schuljahre zu einer Klasse vereinigt sind. Am meisten kommen hier die Oberklassen in Betracht und es werden deshalb die obersten Schuljahre absichtlich ineinander verflochten, dabei aber durch besondere Kennzeichnung der Stoffe für die verschiedenen Schuljahre die Möglichkeit geboten, im Bedarfsfall streng nach Schuljahren zu trennen.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag,
Karlsruhe, Baden, Karlsriedrichstr. 14.

Mittwoch, den 16. November 1921.
Landestheater. 7—10 Uhr. M. 15.—
Schülermiets - Vorstellung
A 8
Th.-G. B.V.B. Nr. 801-1050
Katte.

Städt. Festhalle. 7—9 Uhr. Mk. 12.—
Th.-G. B.V.B. Nr. 1-2065
Missa solennis
von Beethoven.

Zu kaufen gesucht
sowie für vorgemerzte Käufer:

Herrschafts- und Wohnhäuser,
Wälder und Landhäuser,
Wirtschaften mit und ohne Nebenerwerb,
Bäckereien und Konditoreien,
Spezereihandlungen,
Gemischte Warengeschäfte,
Zigarrengeschäfte,
sowie Geschäfte aller Art.

M. Busan, Liegenschaftsbüro
Seerenstraße 35. R. 771

Schreibmaschine

zuverlässig, zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote erbeten unter K.769 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Tiefbau- und Gleisbauarbeiten
für meinen Lagerplatz in Rittenweiser zu vergeben. Zeichnungen und Bedingungen auf meinem Büro, Reußenstr. 22 einzusehen.
Paul Falter, Holzarchivhandlung, Freiburg i. B.

Hochbautechniker
für zeichnerische Arbeiten und Ausführung gesucht. Besoldung nach Reichstaxifür Angehörige. Dienst-eintritt kann sofort erfolgen. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen und Angabe der Familienverhältnisse an **Rechtsanwalt Hebelberg, 3-740 Niedstraße 2.**

Mittwoch, den 17. Mai 1922
vormittags 9 Uhr,
Akademiestr. 2, 1. Stod,
Zimmer 26.

Karlsruhe, 7. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht B. 2
Gerichtsschreiber.

Durch Beschluß der Gesellschaft vom 31. Okt. 1921 ist die Gesellschaft aufgelöst. Alleingiger Liquidator ist der jetzige Gesch.-Führer R. Wank, hier, und dessen Stellvertreter Schreiner W. Höberer, hier. Forderungen sind binnen Jahresfrist geltend zu machen. **Wohlfahrtsgesellschaft** Schreinermeister W. m. b. H. i. B.

Nadel-Ruhholz-
Verkauf. 3-716

Staatl. Forstamt Neustadt im Schwarzwald verkauft freihändig aus Hintergartener Domänenwald 1578 fm **Ruhholz**, 90% Nadelholz, 10% Buche, und zwar: Stammes: 66 I. M. mit 222 fm, 127 II. M. mit 243 fm, 321 III. M. mit 368 fm, 415 IV. M. mit 265 fm, und 817 V. M. mit 286 fm; **Wischholz:** 29 I. M. mit 36 fm, 71 II. M. mit 56 fm, 102 III. M. mit 37 fm, 37 Hartrote I. M. mit 27 fm, 45 Hartrote II. M. mit 28 fm und 35 Hartrote III. M. mit 11 fm. Sämtliches Holz lagert an guten Abfuhrwegen. Forderungen nach Stationen Hintergarten und Rißfeld etwa 40 M. je fm. Losvergabe, nisse und nähere Auskunft durch Forstamt. Schriftl. Angebote in Prozenten der neuen Landesgrundpreise bis spätestens Samstag, den 26. November d. J. erbeten. Weiterhin werden an gleichen Termin freihändig verkauft: **Bauflanz:** 183 I. M. u. 214 II. M.

3-717.2.2. Engen. Der Landwirt Hermann Glatt, Gastwirt in Binningen hat beantragt den Farmer Julius Glatt, geb. am 27. August 1856 in Hitzingen und zuletzt daselbst wohnhaft für tot zu erklären. Der bezeugte Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Montag, den 10. April 1922, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Engen, den 10. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht.

3-718.2.2. Karlsruhe. In der Aufgebotsache der Emma Margarete Kreutzenka-Marek, geboren 5. Juli 1866 in Karlsruhe, wurde der auf 1. Dezember 1921 bestimmte Aufgebotsstermin verlegt auf: